



Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen konsequent ahnden - historische Möglichkeit für völkerrechtsverbindliches „UN-Treaty-Abkommen“ nutzen

Parlamentarische Initiativen von Michel Brandt, Zaklin Nastic, Eva-Maria Schreiber, Heike Hänsel, Alexander S. Neu, Alexander Ulrich, Andrej Hunko, Christine Buchholz, Diether Dehm, Helin Evrim Sommer, Kathrin Vogler, Matthias Höhn, Sevim Dagdelen, Stefan Liebich, Thomas Nord, Tobias Pflüger, 28. Februar 2018

28.02.18 - Antrag - Drucksache Nr. 19/961

Angesichts fortwährender Menschenrechtsverletzungen auch deutscher Unternehmen genügen freiwillige Initiativen nicht. Im UN-Treaty-Prozess besteht die historische Möglichkeit, erstmals ein völkerrechtsverbindliches Abkommen zum Schutz der Menschenrechte gegenüber Unternehmen zu verabschieden. Die Bundesregierung muss dieses Abkommen unterstützen und national umsetzen.

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!